



UND KLOPP HAT IHN AUCH SCHON TRAINIERT

Papa von Hanau-Mörder Tobias Rathjen ist ein Grüner

Von KEWIL | Während der herrschende polit-mediale Komplex hochgradig unverschämt und undemokratisch immer irrsinnigeren Quatsch zu Hanau halluziniert und faschistisch hinter jeden Bürger zur Meinungskontrolle einen Schlapphut stellen will und auf Teufel komm raus den Einzeltäter Tobias Rathjen als Teil eines riesigen rechtsterroristischen Netzwerks der AfD unterjubeln will, stellt sich heraus, dass der Papa des Mordbuben ein Grüner ist und auch schon [2011 für die Grünen kandidiert](#) hat.

Rathjen soll auch bis zu einem Unfall ein talentierter, junger Fußballer gewesen sein, der in der Jugendmannschaft von Eintracht Frankfurt unter Jürgen Klopp [trainiert hat](#). Wahrscheinlich hat er darum in sein wirres „Manifest“ folgende Idee geschrieben, wegen der AfD jedenfalls nicht:

„Daher sagte ich, dass folgende Völker komplett vernichtet werden müssen: Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Israel, Syrien, Jordanien, Libanon, die komplette saudische Halbinsel, die Türkei, Irak, Iran, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Indien, Pakistan, Afghanistan, Bangladesh, Vietnam, Laos, Kambodscha bis hin zu den Philippinen. Und dies wäre erst die Grob-Säuberung.

Danach muss die Fein-Säuberung kommen, diese betrifft die restlichen afrikanischen Staaten, Süd- und Mittelamerika, die Karibik und natürlich das eigene Volk. Wobei ich anmerkte, dass nicht jeder der heute einen deutschen Pass besitzt reinrassig und wertvoll ist; eine Halbierung der Bevölkerungszahl kann ich mir vorstellen.“

Wir müssen also Trainer Klopp fragen. Jedenfalls können nur unverschämte linke Falschmünzer wie Augstein, Böhmermann, Özdemir und Roth von den Grünen, SPD-Klingbeil und FDP-Lindner bis hin zu Laschet in der CDU und Söder in der CSU behaupten, an diesen wirren Ideen sei die AfD schuld.

Ja, diese Mischpoke würde die AfD am liebsten gleich verbieten, um uns absolutistisch total zu beherrschen. Wir fallen aber nicht auf euch rein – und wir werden eure linke Politmafia niemals wählen.

(Wer den ganzen wirren Senf des Hanauer Attentäters hören und lesen will – [er steht mit Videos und Text hier!!](#) Man ist nicht auf die selektiven Manipulationen der Medien angewiesen)



[Roth gewinnt Rechtsstreit gegen Tichy und Broder – vorerst](#)

Von CANTAL00P | Die Grünen-Politikerin und Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth darf dem Blogbetreiber Roland Tichy weiterhin vorwerfen, dass sein Geschäftsmodell auf Hass und Falschmeldungen beruht. Das hat das Landgericht Stuttgart [am Donnerstag so entschieden.](#)

Der Prozess, bei dem Roth persönlich nicht anwesend war, erfreute sich dennoch hoher Besucherzahlen. Sie wurde vom Kreuzberger Medien-„Experten“, taz-Begründer und Ströbele-Adlatus [Johannes Eisenberg](#) vertreten, während Tichy auf Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel vertraut. Letztgenannter legte auch umgehend Berufung ein. Somit sollte sich die schillernde Grüne vielleicht noch nicht zu früh über ihren vermeintlichen Sieg freuen.

Roth agitiert mit voller Unterstützung des linken Medientrosses

Anlass des Ganzen: Claudia Roth, die im Austeilen bekanntermaßen noch nie zimperlich war, ging auch mit dem Journalisten-Urgestein Henryk M. Broder und dessen Blog „Achse des Guten“ in einem Interview mit der Augsburger Allgemeinen hart ins Gericht. Sie unterstellt auch diesem Publizisten, den sie schon aus einer TV-Sendung [eigens wieder ausladen](#) ließ, in veröffentlichten Artikeln ausschließlich Hetze und Verleumdungen zu verbreiten. Und macht damit einmal mehr deutlich, wie sehr sie und ihresgleichen die gegenöffentliche Blogger-Szene und generell freie Medien verachten.

Laut Begründung des Gerichtes handelte es sich „um eine substanzarme Meinungsäußerung. Diese sei zudem im Rahmen des politischen Meinungskampfes erfolgt, an dem sich Tichy mit Veröffentlichungen auf seiner Online-Plattform

beteilige.“

Als „substanzarme Meinungsäußerung“ gelten Roths impertinente Einlassungen also. Irgendwie passend. Es geht demzufolge in die zweite Runde. Interessant in diesem Zusammenhang ist sicher noch die Einschätzung des Medienanwalts Steinhöfel:

„Anders als bei einer Meinungsäußerung müsste Frau Roth bei einer Tatsachenbehauptung den Wahrheitsbeweis antreten“, sagte er gegenüber unserer Zeitung. Das hätte sie bereits in der ersten Instanz nicht annähernd vermocht. Nach Beratung mit seinem Mandanten habe er entschieden, „umgehend“ Berufung einzulegen.

Man darf also gespannt sein, wie dieser Disput, auch vor der neuerlichen Dämonisierung aller konservativ-liberalen Werte und Ansichten durch einen überaus mächtigen System-Medienblock, über dessen Rückendeckung sich Claudia Roth nach wie vor sicher sein kann, weitergeht.



[Beatrix von Storch fordert Rücktritt des Generalbundesanwalts](#)

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion, Beatrix von Storch, hat am Freitag vor der Hauptstadtpresse dem Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Peter Frank, schweres Versagen im Vorfeld des Anschlags von Hanau vorgeworfen:

„Wir müssen darüber reden, dass wir wieder mal ein schweres Versagen unserer Sicherheitsbehörden haben. Wir sollten aufhören, die Tat politisch zu instrumentalisieren und wir sollten über den Rücktritt des Generalbundesanwalts reden!“

[Der Generalbundesanwalt hat bestätigt](#), dass die Bundesanwaltschaft schon im vergangenen November von dem Verfolgungswahn und dem extremistischen Weltbild des Mordschützen von Hanau gewusst hat. Trotzdem ist nichts geschehen. Er ist offensichtlich nicht überwacht worden, sein Waffenschein nicht eingezogen worden.

Von Storch: „Das ist ein totales Versagen der Bundesbehörden. Die richtige Reaktion ist jetzt nicht, diese furchtbaren Verbrechen parteipolitisch gegen die AfD zu instrumentalisieren. Die Forderung, über die wir jetzt sprechen müssen, ist der Rücktritt des Generalbundesanwaltes.“



Hanau: Die Mitschuld der Buntisten

Von C. JAHN | Unsere politische Elite instrumentalisiert den Anschlag in Hanau derzeit zu einem Rundumschlag gegen alles und jeden, der dem ethnischen Pulverfass unserer Bunten Republik kein Loblied singt. Aber: Tragen die buntistischen Fanatiker um Steinmeier, Merkel und Co. nicht eine erhebliche Mitschuld an diesem Pulverfass?

Die Frage nach Hanau ist doch nicht nur: Wer hat das Pulverfass entzündet? Die Frage muss auch lauten: Wer hat das Pulverfass bereitgestellt? Wer hat aus einem einstmals friedlichen und sicheren Deutschland ein Land gemacht, in dem es alle paar Tage knallt und Leichen auf der Straße liegen, sei es am Breitscheidplatz, sei es in einer Hanauer Shisha-Bar?

Die Ursachen für die Massaker in Hanau und am Breitscheidplatz liegen doch nicht nur in der Ideologie der Täter – Rechtsextreme hier, islamische Fanatiker dort. Verantwortlich für einen Konflikt sind doch nicht nur die unmittelbar Beteiligten, sondern auch diejenigen Verantwortungsträger (!) im Hintergrund, die durch ihr Handeln erst die Voraussetzungen geschaffen haben, dass der Konflikt überhaupt entsteht.

Aber diese Verantwortungsträger Steinmeier, Merkel und Co. waschen nach jeder neuen Tat ihre Hände in Unschuld, als hätten sie persönlich nichts damit zu tun. Jedesmal wenn das ethnische Pulverfass, das früher einmal Deutschland war, in die Luft fliegt, fahren sie mit ihren dicken Autos zu den Leichen hin, schauen sich das Blut an und vergießen ein paar Krokodilstränen für das Fernsehen. Dann zeigen sie mit dem Finger auf andere: islamische Spinner oder rechtsextreme Wirrköpfe, je nachdem. Die Taktik ist immer dieselbe: jede Mitschuld möglichst weit von sich weisen.

Dabei liegt die Verantwortung für das ethnische Pulverfass klar auf der Hand: Seit Jahren überrennt unsere politische Elite die Menschen mit ihrer fragwürdigen Vision einer totalen „Bunten Republik Deutschland“ (Christian Wulff). Unsere Elite erwartet, dass die Menschen ihr in dieser Vision

bedingungslos folgen – und zwar alle Beteiligten. Von den indigenen Deutschen wird erwartet, dass sie sich für diese Vision einer ethnischen, religiösen und kulturellen Umgestaltung ihres Landes ausnahmslos begeistern. Und von den angesiedelten Türken und Arabern wird erwartet, dass sich diese Leute hier sofort zurechtfinden und auf die Begegnung mit den ihnen kulturell völlig fremden indigenen Deutschen mit Toleranz und „Integration“ reagieren.

Diese Vision unserer Führungsschicht aber überfordert beide Seiten von Beteiligten. Sie überfordert die indigenen Deutschen, die dem radikalen ethnischen und religiösen Umbau ihres Heimatlandes eben nicht nur mit Begeisterung, sondern oft genug auch mit Fassungslosigkeit gegenüberstehen. Und sie überfordert die angesiedelten Türken und Araber, die dem Kulturschock in Europa nicht gewachsen sind und sich in ihr archaisches Schneckenhaus zurückziehen.

All dies ist seit Jahrzehnten bekannt. Die „Bunte Republik“ funktioniert nicht. Sie ist eine Illusion, ein Hirngespinnst einer abgehobenen, akademischen Elite von weltfremden Theoretikern im politischen Elfenbeinturm. Dieses Projekt überfordert die Menschen auf beiden Seiten. Der Buntismus schafft kein Paradies – der Buntismus schafft Leichen.

Statt immer mit dem Finger auf andere zu zeigen, sollten sich die hohen Herren und Damen in ihren gepanzerten BMWs lieber mal selbstkritisch die Frage stellen: Ist nur derjenige der Täter, der das Pulverfass entzündet? Oder trifft nicht viel größere Mitschuld denjenigen, der das Pulverfass zusammenmischt, es bereitstellt und dann nur darauf zu warten braucht, bis irgendein Knallkopf es entzündet?



[Schuldirektor betreibt öko-radikale Meinungsmache auf Schulhomepage](#)

Das „bunte“ Stadtgymnasium Dortmund leidet seit Jahren unter schlechtem Image. Schuld ist daran laut Mainstream-Presse [„rechte Hetze“](#). So nennt die linksgrüne Stadtelite jene Aufklärungsarbeit, mit der unter anderem die AfD-Ratsfraktion und PI-NEWS zahlreiche Eltern vor dieser Schule gewarnt haben. Der Erfolg dieser Aufklärung wird durch den [offiziell bestätigten Anmeldeschwund](#) des Stadtgymnasiums belegt.

In der Vergangenheit war es vor allem Manipulation im Sinne pro-islamischer Umerziehung, die dem skandalträchtigen Schulleiter Bernhard Koolen sogar von Verwaltungsgerichten in rechtskräftigen Urteilen vorgeworfen worden war. Nun setzt Koolen noch einen drauf und missbraucht die Homepage der staatlichen (!) Schule in bemerkenswerter Unverblümtheit öko-radikaler Verirrungen. So hat Koolen in dieser Woche [auf der Schul-Homepage](#) unter eigenem Namen einen Artikel veröffentlicht, der folgende Passagen enthält:

Wenn das Kohlekraftwerk „Datteln 4“ ans Netz geht, wenn weiter Braunkohle abgebaut, der Ausbau der Windenergie aber blockiert wird, wenn Regierungen vor Energiekonzernen und der Autoindustrie einknicken, wenn nach wie vor Flächen zubetoniert, immer noch Plastikmüll produziert und Innenstädte von Autos geflutet werden, ist das nicht „Zukunftsklau“? Reicht es wirklich noch, freitags ein bisschen demonstrieren zu gehen? Dem „Weiter so“ nicht nachgeben, sondern unsere Kinder auch zu sehr grundlegenden Veränderungen ermutigen, das scheint das Gebot der Stunde zu sein. Denn ansonsten werden unsere Schülerinnen und Schüler nicht belehrt, sondern belogen.

Bereits im Sommer 2019 war [Koolen in einer Foto-Galerie auf der Schulhomepage](#) als Anführer eines Fridays for Future-Zuges zu „bewundern“. Die ihm anvertrauten 500 Schüler führte er in scheinbar fest geschlossenen Reihen auf den Dortmunder Friedensplatz, wo möglicherweise nicht nur Schulschwanz-Verherrlicher, sondern auch linksradikale Verfassungsfeinde die Symbiose mit „nützlichen Idioten“ des bürgerlichen Spektrums feierten.



Schuld ist die AfD?

Von MANFRED ROUHS | Nach den Morden in Hanau, die nicht nur in ganz Deutschland, sondern weltweit Entsetzen ausgelöst haben, werden Schuldige gesucht. Ein Verrückter alleine kann es nicht gewesen sein. Für den niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius (SPD) ist die Sache ganz einfach. Ihn zitiert die „Neue Osnabrücker Zeitung“ mit dem Satz: „Natürlich gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen dem Erstarken der AfD und der Zunahme rechter Gewalt.“ Und die „Welt“ [zitiert weitere Stimmen](#), die „haltet den Dieb“ rufen:

„Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) bezeichnete die Partei als geistige

Brandstifter, SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil nannte sie den ‚politischen Arm der extremen Rechten‘. Norbert Röttgen, der sich für den CDU-Vorsitz bewirbt, sagte der ‚Bild‘-Zeitung: ‚Wir müssen das Gift bekämpfen, das von der AfD und anderen in unsere Gesellschaft getragen wird‘.“

Äußerungen dieser Art sind nicht geeignet, eine sachliche Debatte zu führen über die Ursachen von Gewalt und Terror, die in Deutschland um sich zu greifen drohen. Oder wie es der AfD-Abgeordnete Gottfried Curio ausdrückt: „Was an diesem Tag der Trauer nicht angezeigt ist, aber bereits durch Regierungskreise und linke Parteien geschieht: die unentschuld bare Gewalttat eines offensichtlich massiv psychisch gestörten Einzeltäters zu instrumentalisieren, um zu versuchen, die nach wie vor grundsätzlich zu hinterfragende Regierungspolitik gegen legitime Kritik zu immunisieren, indem man zu den üblichen Verschleierungs-Framings greift und zur Verleumdung des politischen Gegners, die Opposition gar in diffuse Mitverantwortung für Wahnsinnstaten eines offensichtlich Verrückten hineinziehen will.“

Die AfD ist eine politische Partei im Wettbewerb mit anderen, die zu keinem Zeitpunkt einen Alleinvertretungsanspruch erhoben hat, sondern das bestehende Parteiengefüge lediglich erweitern wollte und will. Sie war von Anfang an dazu bereit, mit anderen Parteien zusammen zu arbeiten, um Demokratie und Rechtsstaat zu stärken. Daran scheint bei vielen Repräsentanten von CDU/CSU und SPD kein Interesse zu bestehen.

Die AfD ist eine Partei, die mit demokratischen und rechtsstaatlichen Mitteln auf einem demokratischen und rechtsstaatlichen Weg materiell demokratische und rechtsstaatliche Ziele verfolgt. In einer Zeit, in der das Vertrauen weiter Bevölkerungsteile in den politischen Betrieb und seine Institutionen schwindet, ist die AfD möglicherweise die letzte Chance, die der parlamentarischen Demokratie zur Korrektur offensichtlicher Fehlentwicklungen noch bleibt.

Was uns allen droht, wissen wir spätestens seit 1981, als der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt bei einer Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes sagte: „Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.“ Schmidt stellte allerdings auch klar: „Es gibt so eine unterschwellige Neigung bei Millionen Bürgern, auch Arbeitnehmern, den Ausländern für alles die Schuld zu geben. Lasst uns das um Gottes Willen nicht mitmachen.“

Mit beiden Äußerungen behielt Schmidt Recht. Ja, es gibt das Phänomen der Xenophobie bei den Deutschen wie bei allen Völkern. Das ist weder neu, noch unerwartet. Und ja, jetzt droht uns Mord und Totschlag. Auch diese Erkenntnis ist nicht neu, sondern mittlerweile knapp 40 Jahre alt.



Das verbrannte
Klassenzimmer nach dem
Amoklauf von Volkhoven
1964.

In Hanau verübte ein psychisch gestörter und offenbar gesellschaftlich isolierter, frustrierter Mensch einen erweiterten Selbstmord. Bevor er sich selbst erschoss, nahm er bezeichnenderweise noch seine 72-jährige Mutter mit in den Tod. Das Verbrechen von Hanau erinnert an ein [Attentat in Köln-Volkhoven 1964](#). Damals bastelte sich der 42-jährige Frührentner Walter Seifert einen Flammenwerfer, betrat damit eine Schule und verbrannte acht Kinder und zwei Lehrerinnen, bevor er sich vergiftete. Die Idee hinter solchen Taten besteht darin, größtmöglichen Schrecken zu verbreiten, bevor der Mörder selbst aus dem Leben scheidet.

Eine solche Tat ist das genaue Gegenteil eines politischen Verhaltens. Politisch sein heißt, sich anderen Menschen zuzuwenden, sich einzusetzen für das Gemeinwohl sowie, falls nötig, persönliche Belange und Egoismen zurückzustellen.

Eine politische, anderen Menschen zugewandte Haltung ist das Gebot der Zeit unter Rahmenbedingungen, die zunehmend unmenschlich werden. Wäre es nicht klüger, diese Lehre aus der Untat von Hanau anzunehmen, statt Andersdenkende als Mörder abzustempeln und damit noch mehr Öl ins Feuer zu gießen?



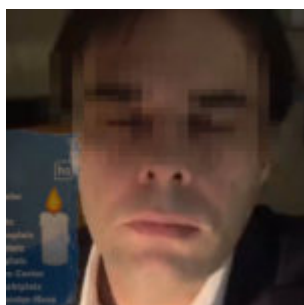
PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins [Signal für Deutschland e.V.](#), der die Opfer politisch motivierter

Straftaten entschädigt. Er ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt [Firmengründungen in Hong Kong](#).



[Laut Gedacht #161: Die Zukunft der CDU – Der Kandidatencheck](#)

Nach AKKs Rücktrittsankündigung ist der Streit um den CDU-Vorsitz neu entbrannt. Vier Kandidaten treten an, um den geschundenen Gaul nun endgültig totzureiten. Aber – Merkel steh uns bei! – alle sind männlich, weiß und deutsch. Das und weitere Themen in Folge 161 des patriotisch-satirischen Youtube-Formats „Laut Gedacht“ mit Alex Malenki und Philip Thaler.



[Wie das Massaker von Hanau unser Land noch weiter spaltet](#)

Von EUGEN PRINZ | Es besteht kein Zweifel daran, dass das Massaker von Hanau, bei dem zehn unschuldige Menschen und der offensichtlich geistig gestörte mutmaßliche Täter, Tobias R., ums Leben kamen, das Potential für eine erneute Zäsur in der gesellschaftlichen Entwicklung unseres Landes hat.

Die bedauernswerten Opfer mussten ihr Leben lassen, nur weil sie zur falschen Zeit am falschen Ort waren. Als Außenstehender kann man die Trauer der Angehörigen über den Verlust von Familienmitgliedern, Freunden und guten Bekannten kaum ermessen. Jene, die das Massaker überlebt haben, werden für

den Rest ihres Lebens von diesen schrecklichen Minuten gezeichnet sein. Den Überlebenden der Tat und den Angehörigen der Getöteten gilt unsere tief empfundene Anteilnahme.

Doch wenden wir uns dem mutmaßlichen Täter zu. Wer tiefer in dessen von offensichtlichen Wahnvorstellungen dominierten Gedankenwelt eindringen möchte, muss nur sein 24 Seiten langes „Skript mit Bildern“ lesen, das er auf seiner Internetseite veröffentlicht hatte. Diese wurde offensichtlich von den Behörden aus dem Netz genommen, aber wie wir alle wissen, das Internet vergisst nichts – und web.archive.org schon gar nicht, wie dieser [Tweet der AfD](#) beweist.

Ein völlig kranker Verstand

In seinem Pamphlet schreibt Tobias R.: *„Es gibt Menschen, die für diesen ‚Geheimdienst‘ arbeiten, welche in der Lage sind, die Gedanken eines anderen Menschen lesen zu können und darüber hinaus fähig sind, sich in diese ‚einzuklinken‘ und bis zu einem gewissen Grad eine Art ‚Fernsteuerung‘ vorzunehmen.*

Auch an seine Zeit als Säugling hat der R. noch Erinnerungen:

„(...) vernahm ich eine Stimme in meinem Geist, der nun zum ersten Mal einsetzte, die allerdings nicht freundlich war und lautete: ‚Oh, das ist ja blöd, ich bin in die Falle gegangen‘. Ich erwiderte auf diese Frauenstimme unmittelbar mit ‚Nein‘ und schlief kurz darauf wieder ein.“

In einer Videobotschaft an das amerikanische Volk spricht Tobias R. von „Gedankenkontrolle“ und von Militärbasen tief unter der Erdoberfläche, in denen der Teufel angebetet wird und man kleine Kinder missbraucht, foltert und tötet.

Mit Schreiben vom 6. November 2019 hatte der Tatverdächtige bei Generalbundesanwalt Peter Frank „Strafanzeige gegen eine unbekannt geheimerdienstliche Organisation“ gestellt. Das wäre eine gute Gelegenheit gewesen, zu prüfen, ob man so jemanden als Sportschütze weiterhin eine Schusswaffe anvertrauen kann, denn Strafanzeigen dieser Art deuten meist auf einen Dachschaten hin.

Ein weiterer Beweis für die seelische Störung ist der Suizid des Tatverdächtigen. Ein geistig gesunder Mensch bringt sich nicht um. Deshalb gibt es ja die polizeiliche Zwangseinweisung von Suizidgefährdeten in eine psychiatrische Anstalt.

Ganz ohne Zweifel finden sich im „Manifest“ von Tobias R. auch jede Menge rassistischer Passagen. Doch es stellt sich die Frage, welche Bedeutung diese haben, wenn der Autor offensichtlich nicht zurechnungsfähig ist.

Im deutschen Strafgesetzbuch ist das ganz klar und unmissverständlich geregelt:

§20 StGB:

Ohne Schuld handelt, wer bei Begehung der Tat wegen einer krankhaften seelischen Störung, wegen einer tiefgreifenden Bewußtseinsstörung oder wegen Schwachsinnns oder einer schweren anderen seelischen Abartigkeit unfähig ist, das Unrecht der Tat einzusehen oder nach dieser Einsicht zu handeln.

So, werte Leser. Jetzt haben Sie die Bestimmung kennen gelernt, die dafür verantwortlich ist, dass Zuwanderer, die Leute vor einfahrende Züge stoßen oder ihre Mitmenschen erstechen, nicht selten straflos ausgehen. Weil sie eben für das, was sie getan haben, aufgrund einer krankhaften seelischen Störung nicht verantwortlich gemacht werden können.

Das scheint jedoch nicht zu gelten, wenn durch die Tat dem polit-medialen Establishment ein scharfes Schwert in den Schoss fällt, das sie der ebenso verhassten wie als Konkurrenz gefürchteten AfD in den Leib stoßen kann. Da spielt plötzlich die offensichtliche geistige Verwirrung des mutmaßlichen Täters keine Rolle mehr, noch dazu weil aufgrund seines Ablebens kein Anwalt dieser Welt mehr die Chance haben wird, vor Gericht die Unzurechnungsfähigkeit seines Mandanten zu beweisen. Ein Schelm, wer hier ein klammheimliche Freude bei den Regierenden vermutet. Und so fällt die Reaktion der Politik aus, wie erwartet:

Die AfD ist schuld

Die Noch-CDU-Vorsitzende AKK: *„Unabhängig davon, wie man den Täter einschätzt, scheint es so zu sein, dass er rassistische, fremdenfeindliche Motive und damit auch rechtsextreme Motive angeführt hat. Und das bestärkt mich in meiner Haltung, dass es für die CDU immer ganz klar sein muss, im Übrigen nicht nur für die CDU, sondern für alle Parteien in Deutschland, dass es keine Zusammenarbeit mit der Partei geben darf, die zum Teil Rechtsextreme, ja, ich sage auch ganz bewusst Nazis, in ihren eigenen Reihen duldet, und die eine Grundlage legt, auch in der politischen Diskussion, für genau dieses Gedankengut. Wir haben einen ganz harten Beschluss: keine Kooperation, keine Zusammenarbeit in keiner Form mit der AfD. Und wie wichtig es ist, diese Brandmauer zu halten, das sieht man an einem Tag wie Hanau.“*

Der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat die AfD als „geistige Brandstifter“ bezeichnet und fordert: *„Wir müssen mehr Härte gegen Rechts zeigen in Deutschland“*,

Nach den Worten von Bundeskanzlerin Angela Merkel weist nach der Gewalttat von Hanau vieles darauf hin, dass der Täter aus rechtsextremistischen und rassistischen Motiven heraus gehandelt hat. *„Rassismus ist ein Gift, der Hass ist ein Gift“*, sagte Merkel am Donnerstag in Berlin. Dieses Gift sei *„schuld an schon viel zu vielen Verbrechen“*, sagte Merkel und verwies auf die Morde der rechtsextremistischen Terrorzelle NSU, die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und den antisemitischen Anschlag von Halle.

Generalbundesanwalt Dr. Peter Frank geht ebenfalls von einem „fremdenfeindlichen Motiv“ aus und auch der hessische Innenminister Peter

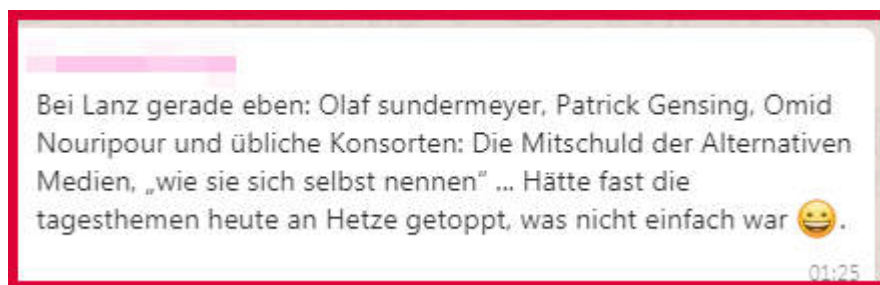
Beuth bestätigte einen mutmaßlichen rechtsextremen Hintergrund der Tat.

Bundesinnenminister [Seehofer](#) weiß, „...dass ein rassistisches Motiv wohl gegeben ist“ und überlegt, „welche Konsequenzen wir als Politiker, Gesetzgeber und Regierung daraus ziehen müssen.“

Natürlich gibt auch der Salon-Linke Jakob Augstein, millionenschwerer Miteigentümer des Spiegel-Verlages seinen Senf dazu:



... und auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten sind fleißig, wie diese Textnachricht eines befreundeten PI-NEWS Autors beweist:



Kein Zweifel, hätte es sich bei dem Täter um einen radikalen Moslem gehandelt, würden wir nun in den Medien diese Schlagzeile lesen:

„Ein vermutlich psychisch kranker Mann tötet zehn Menschen“

Die Politik sät Hass und vertieft die Spaltung der Gesellschaft

Selbstverständlich bleiben solche Aussagen nicht ohne Wirkung. Überall im Land schießen Mahnwachen wie Pilze aus dem Boden, wobei diese Veranstaltungen weniger mit Anteilnahme zu tun haben, als damit, ein „Zeichen gegen Rechts“

zu setzen. „Hass ist ein Gift“, hier hat die Bundeskanzlerin Recht. Und gleichzeitig wird eine gewaltige Publicity-Maschinerie aufgeföhren und gegen die Alternative für Deutschland in Stellung gebracht, deren Zweck es ist, Hass auf diese Partei zu erzeugen. Die Aussagen, die hier getroffen werden, dienen einzig und allein dazu, in den Köpfen der Menschen eine Querverbindung zwischen den Ermordeten von Hanau und der AfD herzustellen. Es braucht keinen Propheten, um vorauszusagen, dass diese Taktik größtenteils aufgehen wird. Und eines bewirkt sie ganz bestimmt: Die Hemmschwelle, mit Gewalt gegen Mitglieder der AfD vorzugehen, sie offen anzugreifen, wird noch einmal deutlich gesenkt.

Aber auch bei jenen, die schon lange die Machenschaften des polit-medialen Establishments durchschauen, wird die ohnmächtige Wut noch größer werden und die Spaltung Deutschlands weiter vertiefen.

Auswirkungen auch auf Thüringen?

Es würde den Autor auch nicht wundern, wenn die Tat von Hanau dazu führen würde, dass die CDU ihre Kooperationsverbot mit der SED begräbt und in Thüringen dabei hilft, Bodo Ramelow wieder auf den Thron zu setzen.

Außerdem ist nun der Boden dafür bereitet, durch weitere gesetzgeberische Maßnahmen den Meinungskorridor auf Münzeinwurf-Größe zu verringern und einen Großangriff auf die Sportschützen zu starten. Alles ist möglich, die Demokratie bröckelt immer weiter.



[Eugen Prinz](#) im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin. Er kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.
» [Twitter Account des Autors.](#)